

# MUMMM



1 / 2010

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin  
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen



**BürgerInnen Telefon Bremen:  
Da wird Ihnen geholfen**

Seite 4

**DGB-Chefin Annette Düring:  
2010 im Zeichen der Krisenfolgen**

Seite 8

weitere Themen siehe Seite 2



So hatten wir uns das nicht vorgestellt...

...mit dem Winter, als wir uns letzten November für dieses Titelblatt der ersten **MUMM** im Jahr 2010 entschieden. Eis und Schnee satt, und das seit Wochen, das ist wahrlich ungewöhnlich und ziemlich gewohnheitsbedürftig. Wir beneiden unsere Layouterin, die sich zwei Wochen im warmen Süden aufgewärmt hat und braungebrannt zurückgekehrt ist. Währenddessen schlidderten wir hier durch die Gegend und schrieben blass und durchgefroren die letzten **MUMM**-Artikel.

Ein bisschen durchwärmende Sonne wäre jetzt genau das Richtige für die Seele. Aber der nächste Frühling ist noch weit. Sehr bedauerlich. Da hilft nur ein warmer Ofen und ein gutes Buch. Oder die **MUMM**?!

Viel Spaß beim Lesen! Und bleibt uns gewogen.

Eure **MUMM**MacherInnen

## Inhalt

	<b>Kommentar</b>	
	Doris Hülsmeier: Beteiligung führt zu besseren Ergebnissen .....	3
	<b>Das geht alle an</b>	
	BTB – Da wird Ihnen geholfen.....	4
	<b>Vor Ort</b>	
	Prekäre Beschäftigung an Schulen .....	5
	Liebe, Mord, Raub, Erpressung.....	6
	<b>Aus-/Fortbildung</b>	
	„Wie geht das alles hier?“ .....	7
	<b>Gastbeitrag</b>	
	Annette Düring (DGB): 2010.....	8
	<b>Bremisches</b>	
	Platz soll in der kleinsten Hütte sein.....	10
	<b>MUMMpITZ</b>	
	Betriebsratsverseucht?.....	11
	<b>Aktion Rest-Cent</b>	
	Zwei Neue erhalten Förderung .....	12
	<b>Gewerkschaftliches</b>	
	Alter Wein in neuen Schläuchen .....	13
	Tarifrunde 2010 für den TVÖD .....	14
	<b>Zu guter Letzt</b>	
	Annahme verweigert! .....	16

### **MUMM**

#### Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadt-  
gemeinde Bremen

Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

#### Presserechtlich verantwortlich:

Doris Hülsmeier,

Vorsitzende des Gesamtpersonalrats

#### Redaktionsteam:

Elke Baumann, Elke Kosmal-Vöge, Bernd Krau-  
se, Burckhard Radtke, Wiltrud Sossna, Brigitte  
Stauke und Burkhard Winsemann

Telefon: 361-2215

Telefax: 496-2215

E-Mail: [mumm@gpr.bremen.de](mailto:mumm@gpr.bremen.de)

Druck: Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint  
im Juli/August 2010

Redaktionsschluss ist der 15. Juni 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Wählen stellt Weichen“ war das Motto der letzten **MUMM** vor der Bundestagswahl.

In der Tat, die Weichen sind gestellt. Weitere Steuersenkungen sind inzwischen von der neuen Bundesregierung beschlossen worden. Es profitieren am meisten die gut Verdienenden. Dabei stellte die Zeitschrift **stern** jüngst fest: „Das Volk der Steuersparer will Steuererhöhungen, wenn dafür endlich Kitas, Schulen und Behörden funktionieren. Die Bürger haben verstanden.“

Die Folgen sinkender Einnahmen sehen wir in Bremen: Die Kürzungspolitik nimmt kein Ende. Das nehmen wir nicht einfach so hin. Vor der Haushaltsberatung in der Bremischen Bürgerschaft haben der Gesamtpersonalrat und viele Interessenvertretungen aus den Dienststellen im Namen der Beschäftigten erneut „Flagge gezeigt für den bremischen öffentlichen Dienst“ und für eine ausreichende Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen geworben.

In vielen Dienststellen gibt es Probleme, die intern gelöst werden könnten. Warum fragt und beteiligt man nicht einfach mal die Beschäftigten selbst, wenn es darum geht Verbesserungen zu planen? Da dies leider nicht selbstverständlich ist, streben der Gesamtpersonalrat und die örtlichen Interessenvertretungen seit vielen Jahren eine Dienstvereinbarung zur Beteiligung der Beschäftigten an. Zum zweiten Mal liegt jetzt ein Entwurf vor. Und wieder regt sich Widerstand in den Ressorts. Schade eigentlich. Es ist erwiesen, dass Beteiligung zu besseren Ergebnissen und zu höherer Arbeitszufriedenheit führt. Das wäre doch ein guter Grund auch für die Arbeitgeberseite, sich für eine Einbeziehung der Beschäftigten bei Veränderungsprozessen stark zu machen - so wie es jetzt das Sozialres-

sort vormacht.

Bei der Neuregelung des Beamtenrechts sperrt sich die Politik gegen Verhandlungslösungen. Die DGB-Gewerkschaften hatten sich eingesetzt für eine praktikable Vorgehensweise im Sinne von „Verhandeln statt Verordnen“, um das Beamtenrecht zu modernisieren. Leider Fehlansage – die Politik beharrt auf dem Prinzip des einseitigen Verordnens in beamtenrechtlichen Angelegenheiten.

Froh sind wir über die jetzt mit der Senatorin für Finanzen abgeschlossene Dienstvereinbarung zur Ausbildung. Damit verbinden wir auch die Hoffnung, dass mehr Auszubildende als bisher nach ihrer Ausbildung weiterbeschäftigt werden. Und nicht zuletzt sollen die AusbilderInnen zukünftig stärker gewürdigt und gefördert werden.

Der Rest-Cent-Vergabeausschuss hat für 2010 drei Förderprojekte in Brasilien, Kenia und Burkina Faso ausgewählt, die Kindern eine Zukunft geben. Nähere Informationen gibt es in dieser **MUMM** und unter [www.gpr.bremen.de](http://www.gpr.bremen.de).



Mit herzlichen Grüßen

Jens Hülsmeiß

## BTB – Da wird Ihnen geholfen

### Ausbau des telefonischen Bürgerservices



Jörg von Aschwege ist seit August letzten Jahres wissenschaftlicher Mitarbeiter des Gesamtpersonalrats. Er ist Diplom-Psychologe, 43 Jahre alt, ledig und wohnhaft in Oldenburg. Als Referent für Technologie- und Organisationsberatung kümmert er sich u.a. um Datenschutz, ergonomische Arbeitsplätze und eine menschengerechte und soziale Arbeits- und Technikgestaltung für die Beschäftigten. Er begleitet außerdem Organisationsentwicklungs- und Veränderungsprozesse.

Mal ehrlich, was verbinden Sie mit dem Begriff „Call Center“? Denken Sie dabei auch spontan an nervige Warteschlangenmusik, unklare Zuständigkeiten, fehlgeschlagene Verbindungsversuche und MitarbeiterInnen, die sich nicht auskennen und unter Zeitdruck reagieren müssen? Damit sich dieses Szenario nicht bewahrheitet, gibt es das Projekt „BürgerInnen Telefon Bremen - BTB“, in das der Gesamtpersonalrat einbezogen ist.

Die Senatorin für Finanzen verfolgt mit diesem Projekt das Ziel, den telefonischen Bürgerservice für öffentliche Dienstleistungen zu verbessern und auszubauen. Aufgaben, die der Informationsweitergabe dienen und z. B. Terminvergaben sollen aus den einzelnen Dienststellen abgezogen und in einer zentralen Organisationseinheit zusammengefasst werden. Zukünftig sollen hier auch die ca. 60.000 Anrufe entgegen genommen werden, die bereits jetzt monatlich über die zentrale Rufnummer 361-0 eingehen.

Gleichzeitig dient das Projekt der Vorbereitung zur Teilnahme Bremens am nationalen D115 Verbund. Ähnlich den heute bereits existierenden Rufnummern 110 und 112 sollen über

diese Anwahl zukünftig bundesweit einheitliche Auskünfte unter festgelegten Rahmenbedingungen kommunen- und länderübergreifend gegeben werden.

Das Projekt startete Ende Januar mit einer sogenannten Verkehrsmessung. Diese hat das Ziel, die Anzahl der Anrufe für einzelne Bereiche zu ermitteln sowie deren derzeitige Erreichbarkeit zu erfassen. Hierbei hat der Gesamtpersonalrat darauf hingewirkt, dass die Auswertungen ausschließlich gruppenbezogen geschehen, so dass eine Verhaltens- und Leistungskontrolle einzelner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeschlossen ist. Die Messung stellt eine rein quantitative Erhebung dar. Ein Abhören oder Mitschneiden von Gesprächen findet in keinem Fall statt.

Auf Grundlage der aus dieser Erhebung gewonnenen Daten werden mit den jeweils betroffenen Dienststellen Konzepte für eine zentrale telefonische Erstannahme erarbeitet. Ziel ist es, das BürgerInnen Telefon Bremen bereits Anfang nächsten Jahres zu starten und dann kontinuierlich auszubauen.

Der Gesamtpersonalrat wird auf den Abschluss einer Dienstvereinbarung hinwirken, die die genauen Arbeitsbedingungen in einer zukünftigen Organisationsstruktur „Call Center“ regelt und den besonderen Belastungen, denen MitarbeiterInnen hier ausgesetzt sind, Rechnung trägt. Aber auch die Auswirkungen auf MitarbeiterInnen der Dienststellen, die Aufgaben abgeben, werden wir im Auge behalten.

Jörg von Aschwege



Ca. 60.000 Anrufe von Bürgerinnen und Bürgern werden monatlich über die zentrale Rufnummer 361-0 durch die Stadtvermittlung bearbeitet

# Prekäre Beschäftigung an Schulen

## Schulvereine erledigen reguläre Aufgaben unter Tarif

Viel Druck, schlechte, nicht tarifgerechte Bezahlung, keine geregelten Tätigkeiten, Befristung - das alles sind Merkmale prekärer Arbeitsverhältnisse. Menschen, die in solchen Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, haben aber auch Angst vor Repressalien, wenn sie vor die Öffentlichkeit treten. Ein Beschäftigter ist dennoch der Überzeugung, dass andere über die Bedingungen in prekären Arbeitsverhältnissen informiert werden sollten. Wir mussten aber unserem Interviewpartner versprechen, seinen Namen und die Dienststelle nicht zu nennen. Das Interview ist daher anonymisiert.

„Ich möchte meine Identität und den Ort der Schule nicht bekannt geben, da ich sonst Nachteile für mich und vor allem für viele andere tätigen Menschen an meiner Schule befürchte. Ich halte es aber für wichtig, dass die Öffentlichkeit viel mehr über die problematischen Bedingungen an den Schulen erfährt, für die wir nur ein Beispiel sind.“

Ich arbeite derzeit im Rahmen zweier Beschäftigungsverhältnisse an einer allgemeinbildenden Schule. Einmal bin ich mit einer geringen Stun-

denzahl bei der Senatorin für Bildung tarifgerecht beschäftigt. Im Rahmen dieses Arbeitsvertrages stelle ich die Pausenaufsicht sicher und beschäftige die Schülerinnen und Schüler zur Überbrückung unterrichtsfreier Zeiten.

Mein zweites Beschäftigungsverhältnis läuft vertraglich über den Schulverein. Es umfasst nur einige Stunden und wird nicht tarifgerecht bezahlt. Zu meinen Aufgaben gehört die Betreuung von Schülerinnen und Schülern schon ab 7.30 Uhr bis zum Unterrichtsbeginn. Außerdem biete ich - mit anderen in prekären Verhältnissen Beschäftigten - Mittagessen und Betreuung bis 15.00 Uhr an.

Zu der Arbeit an dieser Schule bin ich durch ein weit über 10 Jahre andauerndes ehrenamtliches Engagement gekommen. Ich habe Aufgaben zu ungünstigen Arbeitszeiten, mit geringen Stundenanteilen oder unbequeme Tätigkeiten ehrenamtlich übernommen. Erst nach und nach entwickelte sich hieraus bezahlte Tätigkeit - das aber auch erst, nachdem ich eine Bezahlung sowie gesicherte Bedingungen vehement eingefordert habe. Viele andere schaffen dies nicht und geben schon vorher auf.

Mir macht die Arbeit sehr viel Spaß, ich bekomme viel von den Kindern zurück. Die bezahlten Stunden reichen aber längst nicht aus. Häufige Abstimmungsgespräche ergeben viele unbezahlte „Überstunden“. Eigentlich müsste es noch mehr Möglichkeiten zur Abstimmung geben. Ich würde mir wünschen, stärker in die Arbeit der Schule einbezogen zu werden. Obwohl wir über viele Kenntnisse und Ein-

Bei diesen und auch vielen anderen Tätigkeiten, die über den Schulverein abgewickelt werden, handelt es sich um notwendige, reguläre Aufgaben einer Schule, die den modernen Anforderungen gerecht werden will. Diese Regelaufgaben gehören in die Erledigung und Verantwortung der Schule. Mit den der Schule zur Verfügung stehenden Geldern ist die Fülle der Aufgaben nicht leistbar. Daher wird zu einer geringeren, nicht tarifgerechten Bezahlung über die Schulvereine gegriffen. Durch die Verlagerung von regulären Aufgaben des Schulbetriebs auf die Schulvereine entsteht hier zusätzliche Arbeit. Gleichzeitig sind aber immer weniger Menschen bereit, ehrenamtlich tätig zu sein. Die wenigen Aktiven des Schulvereins müssen daher noch mehr Arbeit leisten.

Vertretungsregelungen, wie bei regulärer Beschäftigung, gibt es nicht. Das ist für den Verein, der nur auf geringe Mittel zurückgreifen kann, nicht leistbar. Wegen der hohen Motivation und des großen Engagements schleppen sich daher viele Beschäftigte trotz schwerer Erkrankungen zur Arbeit. Das ist nicht gut und kann noch viel gravierendere Auswirkungen haben. Gleichzeitig gibt es kaum Möglichkeiten sich beruflich zu entwickeln, mehr Arbeitszeit zu bekommen oder sich weiter zu qualifizieren.

Ich halte es für dringend erforderlich, die Schulen mit sehr viel mehr Geldmitteln auszustatten. Damit soll dann eine ausreichende Betreuung der Schülerinnen und Schüler, eine tarifgerechte Bezahlung, gesicherte Arbeitsbedingungen und damit die Verringerung prekärer Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden.“

Aufgeschrieben von  
Burckhard Radtke



Aus Angst vor Repressalien wollen viele in prekären Arbeitsverhältnissen Beschäftigte Interviews nur anonym geben, hier ein Gespräch mit Wiltrud Sossna und Burckhard Radtke

## Liebe, Mord, Raub, Erpressung...

### Natur, Kunst, Geschichte: Die Stadtbibliothek Bremen

#### Kleine Historie

**1902:** Gründung eines öffentlichen Lesesaals am Ansgarikirchhof mit einer Leihbibliothek mit 10.000 Büchern durch den Verein Lesehalle.

**1933:** Bücherverbrennung durch die Nazis in der Nordstraße

**1937:** Umbenennung der Lesehalle in „Bremer Volksbüchereien“, sie sollten als „Instrument nationalsozialistischer Willensbildung und Schulung“ dienen.

**1948:** Alle im Krieg zerstörten Büchereien werden wieder eröffnet.

**1969:** Die Volksbüchereien werden in Stadtbibliothek umbenannt.

**1999:** Eröffnung der Stadtbibliothek West an der Lindenhofstraße; gleichzeitig firmiert die Stadtbibliothek als Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen.

**2004:** Die Zentralbibliothek bezieht die neuen Räumlichkeiten im ehemaligen Polizeihaus Am Wall.

**2010:** Im heutigen Gesamtbestand der Stadtbibliothek Bremen befinden sich eine halbe Million Medien.

143 Beschäftigte, davon 111 Kolleginnen, sind vor und hinter den Kulissen in den verschiedenen Standorten der Stadtbibliothek Bremen beschäftigt. Bei unterschiedlichen Öffnungszeiten von Montag bis Samstag von 9.00 bis 20.00 Uhr sind die Bibliotheken insgesamt 275 Stunden in der Woche für alle Leseratten da. Auch die Stadtbibliothek war in den letzten Jahren von einem deutlichen Rückgang der Beschäftigtenzahl betroffen. Die jetzigen Beschäftigten müssen diese schmerzlichen Personalabgänge kompensieren.

Fast 1,3 Millionen BesucherInnen strömen pro Jahr in die Zentralbibliothek, in die 6 Stadtteilbibliotheken und zu den vielen Haltestellen der Busbibliothek. Damit ist die Stadtbibliothek Bremen die bestbesuchte Kultureinrichtung in der Stadt. Die MitarbeiterInnen halten ein umfangreiches Sortiment an Büchern aller Wissensgebiete, Romanen, Kinderbüchern, in- und ausländischer Presse, Fach- und Hobbyzeitschriften, CDs und CD-ROM, Videos und DVDs sowie Brettspiele für Kinder und Erwachsene bereit. Es

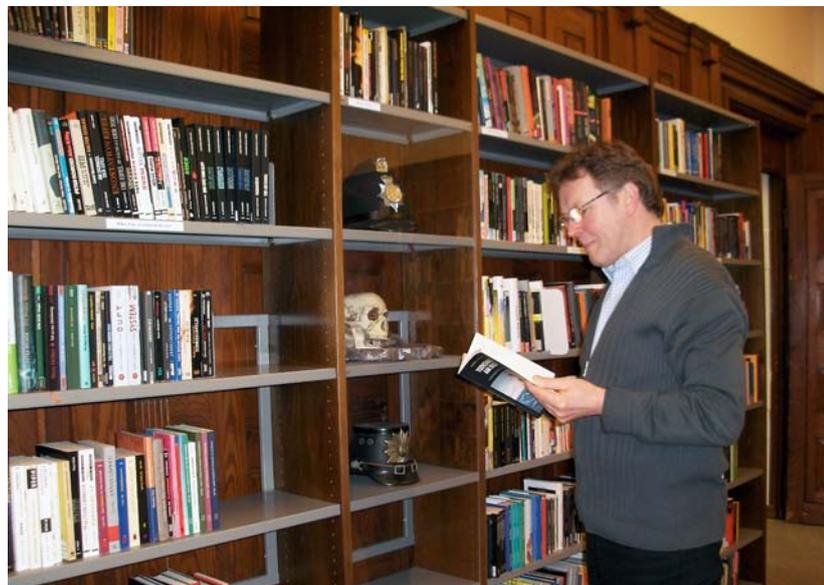
kann nicht nur entliehen und vor Ort gelesen werden, sondern es gibt auch Computerarbeitsplätze mit Internet-Datenbanken sowie Lernsoftware und Spiele. 24 Stunden am Tag können über das Internet Medien über die eAusleihe heruntergeladen werden.

Viele Ausstellungen, Lesungen und Veranstaltungen für Kinder und Erwachsene mit unterschiedlichen Schwerpunktthemen werden zusätzlich angeboten.

Erst im letzten Jahr wurde die Deutsche Krimibibliothek in der Zentralbibliothek für ihren innovativen Beitrag zur deutschen Kulturlandschaft und ihrer Zukunftsfähigkeit als „ausgewählter Ort im Land der Ideen“ prämiert. Die Krimibibliothek ist die einzige ihrer Art in Deutschland. Mit über 4.000 Titeln, darunter diverse handsignierte Erstausgaben, dokumentiert sie die deutschsprachige Kriminalliteratur seit 1965.

Ein Besuch der Stadtbibliothek Bremen lohnt sich sehr.

Bernd Krause



Auch unser Kollege Bernd Krause schmökert gern in den Mord-, Raub- und Erpressungsgeschichten in der Krimibibliothek der Stadtbibliothek Bremen

## „Wie geht das alles hier?“

### FaMIs vermitteln Informationskompetenzen

„Mein Name ist Vanessa Isensee. Seit September 2009 werde ich zur Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Bibliothek in der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen ausgebildet. Ursprünglich komme ich aus Bremerhaven und habe dort am Lloyd-Gymnasium 2009 mein Abitur gemacht. Durch eine Anzeige in der Nordsee-Zeitung bin ich auf den Beruf aufmerksam geworden. Ich liebe Bücher, und da dachte ich mir, das könnte für mich der richtige Beruf fürs Leben sein. Ich behaupte mal, dass etwa 95 % der jungen Leute sich aus dieser Motivation heraus für diesen Beruf bewerben.“

Die Ausbildung gefällt mir sehr gut. Die ersten fünf Monate habe ich in der Leihstelle gearbeitet, z. B. Medien ausgeliehen, ausgeliehene Medien vorgemerkt, zurückgebucht, Gebühren kassiert. Der Kundenkontakt macht mir viel Spaß. In diesem Jahr lerne ich die Tätigkeiten in der Zeitschriftenstelle kennen.

Nach der Ausbildung kann ein Studium angestrebt werden, oder man kann nach drei Jahren Berufstätigkeit ein Fernstudium absolvieren. Ich weiß aber heute noch nicht, ob ich diese Aufstiegschancen nutzen werde.

Viele Menschen können nichts an-

fangen mit der ellenlangen Berufsbezeichnung. Oft hilft es, wenn man sagt: ‚Das hieß früher Bibliotheksassistent.‘ Diese Aussage trifft aber nicht mehr ganz zu. 1998 wurde das Berufsbild umstrukturiert und erweitert, und die zuvor zweijährige Ausbildung wurde auf drei Jahre verlängert. Zu den Kernaufgaben gehört das Beschaffen, Erschließen und Bereitstellen von Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, DVDs, E-Books). Außerdem gibt man den Nutzerinnen und Nutzern Hilfestellung bei der Suche nach Informationen und weist sie in die Nutzung der Bibliothek und der verschiedenen Recherche-Instrumente ein. Die Ausbildung ist sehr abwechslungsreich, weil sie sowohl Kundenkontakt als auch Büroarbeit beinhaltet. Außerdem werden Praktika in verschiedenen Fachrichtungen (z.B. Information und Dokumentation) absolviert.

Im Verlauf der gesamten Ausbildung kommen bestimmt noch andere spannende Aufgaben auf mich zu. Da lass ich mich gern überraschen.“

Aufgeschrieben von

Anna Julie Warner



Auszubildende FaMI Vanessa Isensee beim Heraussuchen von vorgemerkten Medien in der Staats- und Universitätsbibliothek



Im **Ausbildungspersonalrat (APR)** kümmern sich Lisa Imbiel, Swantje Twachtmann, Sabrina Kolwe, Kevin Ende, Beatrice Juraschka, Sinan Yavuz, Julia Swirski, Rasmus Landmesser, Jennifer Blanken, Patrick Meyer und Karolin Milewczyk (von links nach rechts) seit dem 1.10.2009 um die Auszubildenden in den bedarfsbezogenen Ausbildungsberufen (z. B. Verwaltungsfachangestellte) und die Auszubildenden des 1. und 2. Ausbildungsjahres in den sog. nichtbedarfsbezogenen Ausbildungsberufen (z. B. GärtnerIn, MalerIn), die ins Aus- und Fortbildungszentrum zurückgeführt wurden.

Der APR ist erreichbar jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 14 bis 16 Uhr im Büro Aus- und Fortbildungszentrum, Doventorscontrescarpe 172, Block B, Raum 006. Die Telefonnummer lautet 0421/361-5169. Die Internetseite des APR ist gerade im Aufbau. Die Adresse: [www.apr.bbfg.bremen.de](http://www.apr.bbfg.bremen.de)





Annette Düring machte eine Ausbildung als Erzieherin und studierte später in Bremen Diplom-Pädagogik. Seit November 2009 ist die 50-jährige Vorsitzende der neuen DGB-Region Bremen/Elbe-Weser

## 2010...

### ...im Zeichen der Bewältigung der Krisenfolgen

2009 haben sich die Wählerinnen und Wähler für einen Politikwechsel entschieden. Die CDU, an der Spitze Angela Merkel, wird nicht müde ihren Slogan als Partei der Mitte gebetsmühlenartig zu wiederholen. Der Koalitionspartner FDP ruft die geistig-politische Erneuerung aus. Die CSU mischt fleißig mit, frei nach dem Motto: An erster Stelle steht die bayrische Tourismuswirtschaft. Nun, wer im eigenen Land mit seiner Politik kein Profil entwickelt, versucht es eben über die Bundesebene. Die FDP bedient ihre Stammwähler: Klientelpolitik für Steuerberater, Hoteliers und Architekten und niedrige Steuern für Gut- und Besserverdiener. Ganz klar nach dem Prinzip: Mehr ICH und weniger WIR.

Wer hat, dem wird gegeben. Die Konsequenz: Die Umverteilung verschärft sich. Die Entsolidarisierung nimmt zu. Soziale Sicherung und Bildung werden privatisiert! Und das alles zu Lasten der Kommunen und damit auch zu Lasten aller Beschäftigten.

Auch wenn viele Wirtschaftskommentatoren ein besseres Jahr vorausagen - die Krise ist noch lange nicht vorbei. In den letzten Monaten haben die Firmenpleiten zugenommen. Allein im Land Bremen erhöhte sich die Zahl der Insolvenzverfahren von Januar bis September 2009 gegenüber dem Vorjahr um 12,9 %. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verringerte sich trotz Kurzarbeit. 2010 wird das Jahr, in dem die Krise am Arbeitsmarkt ankommt.

#### **Krisenbekämpfung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten**

Politik und Gewerkschaften sind gefordert alles zu tun, um die Beschäftigten vor den Folgen der Wirtschaftskrise zu schützen. Es kann nicht sein, dass für die Banken ein milliarden-schwerer Schutzschirm aufgespannt

wird und die Beschäftigten im Regen stehen bleiben sollen. Das Konjunkturprogramm II jetzt auslaufen zu lassen und auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu hoffen, ist die denkbar schlechteste Antwort. Dringend erforderlich ist,

- ◇ ein weiteres Konjunkturprogramm III mit Investitionen in Infrastruktur, Innovation, Forschung und Bildung aufzulegen
- ◇ die geförderte Altersteilzeit als Beschäftigungsbrücke zwischen Jung und Alt wieder einzuführen
- ◇ unverschuldeter Armut (Abrutschen in Hartz IV nach einem Jahr Arbeitslosigkeit) durch ein zeitlich befristetes Überbrückungsgeld analog der Arbeitslosenhilfe vorzubeugen
- ◇ die Krisenverursacher bei der Sanierung der überschuldeten Haushalte zur Kasse zu bitten
- ◇ in den Bereichen Soziales und Bildung keinen Rotstift anzusetzen.

#### **2010 – was steht an?**

In allen großen Branchen stehen Tarifausschüßungen an. Rufe nach Lohnzurückhaltung werden bereits laut. In guten und in schlechten Zeiten sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Lohnzurückhaltung üben. In guten Zeiten, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht zu gefährden. In schlechten Zeiten, um die Arbeitsplätze zu sichern. Wenn es nach den Arbeitgebern geht, kommen Lohnerhöhungen nie zum richtigen Zeitpunkt. Aber bei Dividendenausschüttungen an die Aktionäre gelten natürlich keine Einschränkungen!

In den anstehenden Tarifrunden, auch im öffentlichen Dienst, wird es daher um Beschäftigungssicherung und um Entgelterhöhungen gehen. Die derzeitige Wirtschaftskrise und die geplanten Steuersenkungen führen zu erheblichen Einnahmeausfällen der

Gebietskörperschaften. Besonders betroffen sind die Kommunen. Die öffentlichen Haushalte können aber nicht durch Einkommensverzichte der Beschäftigten saniert werden. Im Gegenteil: Sinkende Reallöhne würden die Binnenkonjunktur weiter schwächen.

### **Arbeitsmarkt**

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt Dreh- und Angelpunkt auch für die Entwicklung des Konsums. Mit jedem Arbeitslosen mehr sinkt das verfügbare Nettoeinkommen. Das beeinträchtigt den binnenwirtschaftlichen Verbrauch. Arbeitslosigkeit verursacht hohe gesamtgesellschaftliche Lasten. Für die öffentlichen Haushalte bedeutet Arbeitslosigkeit geringere (Steuer-) Einnahmen und höhere Ausgaben im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme. Die Belastungen der Kommunen durch Arbeitslosigkeit sind bereits heute größer als vor den Hartz-Reformen, denn die zu finanzierenden Kosten der Unterkunft wiegen schwerer als die frühere Sozialhilfe. Zugleich brechen insbesondere die Einnahmen bei der Gewerbesteuer weg. Mit den jetzt beschlossenen Steuersenkungen der schwarz-gelben Regierung wird sich die finanzielle Not der Kommunen vergrößern. In Bremen drohen dadurch Einnahmeausfälle von 38,5 Mill. Euro pro Jahr. Es ist nicht die Zeit, den öffentlichen Sektor weiter zu schwächen. Wir brauchen eine handlungsfähige Kommune!

Bisher haben die arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie Kurzarbeitergeld und das Abschmelzen der Arbeitszeitkonten den Verlust von Arbeitsplätzen gebremst. Zunehmend ist allerdings zu beobachten, dass immer mehr Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe abgebaut werden. Mehr und mehr wird das Thema Arbeitszeitverkürzung diskutiert, damit die Arbeit auf mehrere Köpfe verteilt werden

kann. Im Dienstleistungssektor wird der Niedriglohnbereich ausgedehnt. Deswegen werden die Gewerkschaften den Kampf um gerechte Löhne und eine flächendeckende Lohnuntergrenze fortsetzen.

### **Gesundheit**

Union und FDP wollen sich mit ihren Gesundheitsplänen aus dem solidarischen System verabschieden und damit den Weg zu einer Zwei- bis Drei-Klassen-Medizin ebnen. Es ist schon irrsinnig: In den USA wird für eine Krankenversicherung für alle gekämpft und in Deutschland wird ein gutes System von den Regierungsparteien in die Privatisierung gedrängt! Nun denn: Der überwiegende Teil der Politikerinnen und Politiker ist ja auch privat versichert. Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist dagegen auf ein solidarisches System angewiesen. Mit den Plänen der schwarz-gelben Bundesregierung für eine Kopfpauschale im Gesundheitswesen werden Millionen von Geringverdienern und Rentnern zu bedürftigkeitsgeprüften Bittstellern des Staats gemacht.

### **Zum Schluss**

Der Individualismus hat sich tief verfestigt. Die Liberalen hängen das Interesse weniger über das Allgemeinwohl. Milliardenschulden werden zu Lasten künftiger Generationen angehäuft. Das zum Thema: Wir müssen auch an die nächste Generation denken! In den kommenden Jahren steht ein harter Abwehrkampf um die Substanz, die Arbeitsplätze und die Zukunft der Branchen an. Hier gilt es neue Strategien zu entwickeln, der Klientelpolitik einen solidarischen Gesellschaftsentwurf entgegenzusetzen, die Wertegesellschaft zu stärken. Und dies gemeinsam mit BündnispartnerInnen aus Gesellschaft und Politik.

Annette Düring 



## Platz soll in der kleinsten Hütte sein

### Senat will 20 % der Büroflächen einsparen

Das Telefon klingelt, die Kollegin schiebt mir eine dicke Akte über den Schreibtisch, es klopft an der Tür. Her ein kommt eine Frau mit Kinderwagen, zwei Kindern und deren Oma, die sich auf einen Rollator stützt. Sie wollen einen Antrag stellen. Bürgerinnen und Bürger drängen sich in den Fluren und Wartebereichen. Solche oder ähnliche Situationen kennen die Kolleginnen und Kollegen aus ihrer beruflichen Realität. Jedem ist bekannt, wie stark die räumliche Situation die Qualität einer Dienstleistung beeinflusst.

Obwohl es bereits heute enge Rahmenbedingungen für die Büroarbeitsplätze im bremischen öffentlichen Dienst gibt, beabsichtigt der Senat weitere Einsparungen bei den Flächenbedarfen. Dazu hat er eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die weitere Einsparmöglichkeiten untersuchen soll. Im Januar 2010 hat der Senat eine verbindliche Richtlinie zu Flächenstandards als Ergebnis dieser Arbeitsgruppe beschlossen.

In der Arbeitsgruppe hatte der Gesamtpersonalrat sich dafür stark gemacht, dass die Richtlinie keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen haben wird. Das konnte erreicht werden.

Ihren Flächenbedarf müssen die Dienststellen auch weiterhin alle zwei Jahre legitimieren. Dabei bleiben die bisher anerkannten Flächen für Büroarbeitsplätze grundsätzlich akzeptiert. Positiv sehen wir auch, dass es gelungen ist, zukünftig alle Beschäftigten, auch Auszubildende oder Teilzeitbeschäftigte bei der Berechnung der erforderlichen Bürofläche je Dienststelle einzubeziehen. Für Aufgaben mit Publikumskontakten, großen Aktenmengen im Büro, spezieller Dienstkleidung oder Führungs- bzw. Leitungstätigkeiten konnten konkrete Zusatzbedarfe festgelegt werden. Nicht zuletzt wurden Anforderungen an die Barriere-

freiheit von Büroarbeitsplätzen festgeschrieben.

Kritisch betrachten wir die Festlegung einer durchschnittlichen Gesamtfläche von 15 qm pro MitarbeiterIn je Dienstgebäude. Nach aktuellen Erhebungen beträgt die durchschnittliche Bürofläche zur Zeit 19 qm pro MitarbeiterIn. Dieser Teil der Richtlinie erscheint uns nicht realisierbar. Die bremischen Dienststellen sind in Gebäuden untergebracht, die unter anderen Gesichtspunkten erbaut und bezogen wurden. Sie können nicht mal eben so den neuen Anforderungen angepasst werden. Deshalb halten wir die Sparerwartung des Senats von 20 % der Bürofläche des bremischen öffentlichen Dienstes für illusorisch.

Die Richtlinie verpflichtet jetzt alle Ressorts, ein Rahmenkonzept für die Raumplanung ihrer Dienststellen zu erstellen. Hierdurch gibt es die Chance einer neuen, verbesserten Qualität in der Auseinandersetzung um die erforderlichen Flächen für gute Dienstleistungen.

Direkte Auswirkungen der Richtlinie wird es zunächst in den Dienststellen geben, die „neue“ Büroflächen anmieten oder in denen wegen Organisationsveränderungen die Raumzuschnitte angepasst werden sollen.

Die oben genannte Arbeitsgruppe soll ihre Tätigkeit fortsetzen und eine Handlungshilfe für die Umsetzung der Richtlinie erarbeiten. Eine weitere Beteiligung wurde dem Gesamtpersonalrat zugesichert.

Burckhard Radtke 



Platz ist wohl in der kleinsten Hütte. Ob die Dienstleistungen hier auch in guter Qualität erbracht werden können, ist aber zu bezweifeln

## Betriebsratsverseucht?

### Impfstoff in Sicht oder keulen?

Der Standortälteste i. R. kommt nicht zur Ruhe. Jüngst tauchte er mal wieder aus der Versenkung auf und teilte gestenreich seine Erleichterung mit: „Da müsst ihr dem Gesetzgeber ja auf Knien danken für seine Weit-sicht, dass er vor Jahrzehnten das Personalvertretungsgesetz eingeführt hat, sonst wärt ihr jetzt alle Betriebsräte,“ verkündete er den versammelten Personalräten „und die öffentliche Verwaltung wäre demzufolge **betriebsratsverseucht**.“

„Hör bloß auf,“ regt sich ein Kollege auf, „die Erfinder dieser grässlichen Wortschöpfung sind Bosse aus einem Baumarkt. Was die da wohl am Betriebsrat vorbei mit ihren Beschäftigten machen wollen? Aber keine Sorge, betriebsratsverseucht wurde zum Unwort des Jahres erklärt, und das zu Recht! Da danken wir der Jury für ihre Auswahl!“

„Aber mal ehrlich“, gibt der Standortälteste i. R. zu bedenken, „die Betriebsrats- und Personalrats-Zunft ist ja auch nicht ohne. Sie rührt überall herum, will nicht nur mitreden und

mitmachen, sondern sogar mitbestimmen und Forderungen für die Kolleginnen und Kollegen durchsetzen. Und dabei werden sie schon mal widerborstig gegen die Pläne der Obrigkeit. Das ist doch lästig! Kein Wunder, dass versierte Firmenlenker unwirsch werden.“

„Und dann greift man zur Seuchenbekämpfung, um die Betriebsräte loszuwerden - oder wie?“ fragt eine Kollegin empört. „Zwangsimpfungen gegen Betriebsräte oder gleich alle keulen lassen?“

„Wie soll denn sonst der Dax gesichert werden?“ ereifert sich der Standortälteste. „Die Bosse sind doch ganz arme Zeitgenossen und handeln quasi in Notwehr, das muss doch jeder einsehen.“

„Da haben wir als Personalräte ja richtig Glück“, mischt sich eine alte Personalratshäsin ein, „dass wir nicht der Seuchenbekämpfung zum Opfer fallen sollen. Wär auch schade drum. Wer sollte sich sonst stark machen für die Kolleginnen und Kollegen?“

Peter Garrelmann





## Zwei Neue erhalten Förderung

### Rest-Cent-Vergabeausschuss hat entschieden

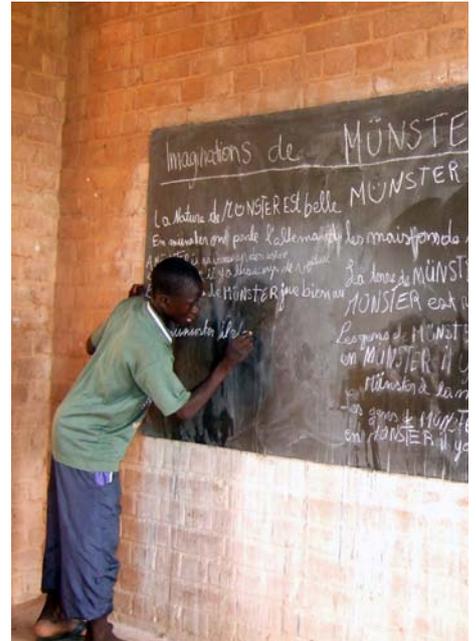
Der Vergabeausschuss hat entschieden: Drei Projekte werden 2010 gefördert, darunter zwei neue. For fair education führt Projekte zur Verbesserung der Bildung im westafrikanischen Burkina Faso durch. Das Projekt Kindergarten in Diani ermöglicht Kindern in Kenia den Besuch eines Kindergartens bei gleichzeitigem Unterricht in der englischen Sprache. Der Rest-Cent-Vergabeausschuss folgte damit der Prüfeempfehlung der Expertin in entwicklungspolitischen Fragen. Weiter unterstützt wird das Straßenkinderprojekt in Brasilien Der Kleine Nazareno.

Das Projekt zur Förderung der ländlichen Entwicklung in Nigeria Human & Environment wurde vier Jahre lang unterstützt. Deshalb wird es ab diesem Jahr nicht mehr berücksichtigt. Die Förderungen des Projektes Dimbeli Xaleyi und der beiden Tschernobyl-Initiativen werden 2010 nicht fortgesetzt, da der Vergabeausschuss eine ausführliche Berichterstattung über die Entwicklung der Projekte vermisst hat.

Im Jahr 2009 wurden die Projekte insgesamt mit 24.832,25 Euro gefördert. Die Sportjugend Aumund erhielt 1.500 Euro. Die anderen vier Projekte erhielten jeweils 5.833,06 Euro aus den Rest-Cent-Mitteln.

Übrigens: Viele neue Kolleginnen und Kollegen spenden aufgrund unseres Aufrufes in der Beilage zur Verdienstmittelung im Dezember 2009 ihr „Kleines hinter'm Komma“. Vielen Dank dafür und fürs Weitersagen!

Elke Kosmal-Vöge ■ ■ ■



Der Verein for fair education initiiert Projekte zur Verbesserung der Bildungssituation für Kinder und Erwachsene vor allem im ländlichen Raum Burkina Fasos (Westafrika).



Das Projekt betreibt den KID - den Kindergarten in Diani in Kenia. Erstmals werden hier die Kinder in der Amtssprache Englisch unterrichtet. Der Verein ermöglicht auch den Schulbesuch (Schulgeld, -uniform, Transport). Alle Kinder werden medizinisch versorgt.

Die Rest-Cent-Aktion ist eine Initiative der Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes. Ausführliche Informationen über die geförderten Projekte gibt es im Internet unter [www.gpr.bremen.de](http://www.gpr.bremen.de) unter dem Menüpunkt Rest-Cent.

# Alter Wein in neuen Schläuchen

## Chance für modernes Beamtenrecht verpasst

Im Rahmen der sogenannten Föderalismusreform I trat am 1.9.2006 eine Änderung des Grundgesetzes in Kraft. Damit ging eine weitgehende Regelungskompetenz vom Bund auf die Länder über. Die Grundgesetzänderung wurde vom DGB und den Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP stark kritisiert. Durch den entstehenden Konkurrenzkampf unter den Ländern sind besonders die Beamtinnen und Beamten betroffen, da die Gesetzgebungskompetenz für das Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht vollständig auf die Länder übertragen wurde.

An die Stelle des bisherigen Beamtenrechtsrahmengesetzes trat das Beamtenstatusgesetz. Darin sollte der Bund die beamtenrechtlichen Grundstrukturen festlegen, um eine einheitliche Anwendung des Dienstrechts zu gewährleisten. Von der Befugnis „Statusrechte und -pflichten“ für die Landes- und Kommunalbeamten zu regeln, macht der Bund allerdings nur sparsam Gebrauch. Den Ländern werden überall weitgehende Spielräume zur Ausgestaltung eingeräumt.

Die Regierungsfractionen in der Bremischen Bürgerschaft haben es verpasst, bei der Neuordnung des Bremer Beamtenrechts mehr Mitbestimmung und demokratische Strukturen zu verankern. Den Gestaltungsspielraum des Artikels 33 des Grundgesetzes, das Beamtenrecht weiterzuentwickeln, haben sie nicht genutzt.

Trotz vorheriger Zusagen und Solidaritätsbekundungen lehnten SPD und Grüne einen Gesetzentwurf des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes ab. Gegen den Entwurf des DGB, der vorsah die Beschäftigungsbedingungen von Beamtinnen und Beamten künftig auch durch öffentlichrechtliche Verträge auf dem Verhandlungswege gestalten

zu können, machten sie verfassungsrechtliche Bedenken geltend.

Aus der Sicht der Gewerkschaften ist die Neuregelung erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. In den weitaus überwiegenden Bestandteilen des neuen bremischen Landesbeamtengesetzes werden bisherige bestehende Regelungen fortgeschrieben. Der Senat hat es versäumt, die Mitbestimmungsrechte der Beamtinnen und Beamten bei der Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen zu stärken und damit ein deutliches Signal der Wertschätzung zu setzen.

Unsere Forderung nach „Verhandeln statt verordnen“ ist aber weiterhin aktuell und wird für die weitere Diskussion um die Entwicklung beamtenrechtlicher Regelungen eine große Bedeutung haben.

 Marita Rosenow

 Elke Baumann

 Horst Göbel



## Tarifrunde 2010 für den TVöD

### Bisher kein Angebot der Arbeitgeber

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,**  
der erste Verhandlungstermin der Tarifrunde 2010 mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und dem Bund am 13. Januar 2010 in Potsdam ist ohne ein Angebot der Arbeitgeber zur Entgelterhöhung im TVöD geblieben. Auch die von ver.di eingebrachten weiteren Forderungen sind von den Arbeitgebern vollständig abgelehnt worden.

#### Entgelterhöhungen zur Stärkung des Binnenmarkts

Zu Beginn der Verhandlungen hat die Arbeitgeberseite die schlechte Finanzlage der Kommunen und des Bundes zum Thema gemacht, um zu begründen, dass kein Geld für Entgelterhöhungen zur Verfügung stünde. ver.di hat dem entgegengehalten, dass eine verbesserte Finanzausstattung der Kommunen durch den Bundesgesetzgeber erforderlich ist. Auf unsere Argumentation, dass Lohnzuwächse bei rund zwei Millionen Beschäftigten eine dringend benötigte Stärkung der Binnennachfrage bedeuten, hat der Bundesinnenminister nur geantwortet, dass der öffentliche

Dienst nicht regulierend durch Lohnpolitik auf den Binnenmarkt einwirken könne. Konkret wollten weder der Bund noch die VKA ein Angebot zur Entgelterhöhung vorlegen. Nach Auffassung der VKA führen Tarifierhöhungen zu Beschäftigungsabbau, Leistungseinschränkungen und Ausgliederungen. Für lineare

Lohnzuwächse stünde kein Geld zur Verfügung; es sei aber zur Verbesserung der Personalführung eine Erhöhung des Leistungsentgelts (§ 18 TVöD) unabdingbar. Die Gewerkschaftsforderung nach einer sozialen Komponente führe zu einer „Zwei-Klassen-Gesellschaft“ und fördere Outsourcing. Diese Aussagen sind von uns als nicht nachvollziehbar zurückgewiesen worden.

#### Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege

Zur Frage der Entgeltordnung haben wir deutlich gemacht, dass endlich Fortschritte erreicht werden müssen und deshalb eine zwingende Verfahrensvereinbarung erforderlich ist. Bis zum Abschluss einer neuen Entgeltordnung zum TVöD müssen die Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege sowie die Vergütungsgruppenzulagen im vollen Umfang wieder eingeführt werden. Die Arbeitgeber haben ihre Ablehnung der Wiedereinführung von Aufstiegen und Zulagen wiederholt und lediglich ihre Bereitschaft zu einer Verfahrensvereinbarung erklärt.

#### Anschlussregelung zur Altersteilzeit

Unsere Forderung nach einer Anschlussregelung zur Altersteilzeit ab 1. Januar 2010 ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Sie sehen offensichtlich eine Möglichkeit, insbesondere bei gesundheitlichen Problemen sozial abgesichert vorzeitig aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden zu können, nicht als erforderlich an und wollen im Gegenteil eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Mit der staatlichen Förderung von Altersteilzeit sei „Missbrauch zu Lasten der Allgemeinheit“ betrieben worden.



15.000 Beschäftigte kamen am 8. Februar 2010 in Hannover zusammen, um ihren Forderungen für die Tarifrunde 2010 Nachdruck zu verleihen

### **Verpflichtung zur Übernahme von Auszubildenden**

Eine Verpflichtung zur Übernahme von Auszubildenden nach Abschluss der Ausbildung ist von den Arbeitgebern mit der Begründung abgelehnt worden, dass dann die Ausbildungsplätze drastisch abgebaut werden müssten. Sie könnten sich nur die Fortführung der bisherigen - unverbindlichen - Formulierung im Rahmen des Bedarfs vorstellen. Das Problem des bevorstehenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst sehen sie nicht.

### **Tarifvertragliche Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder**

Tarifvertragliche Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder, sogenannte Differenzierungsklauseln, sind vom Bund und der VKA strikt abgelehnt worden.

### **Das wollen die Arbeitgeber: unbezahlte Arbeitszeitverkürzung**

Zum Ende der Verhandlungsrunde hat die VKA ihre Vorstellungen eingebracht, wonach insbesondere finanziell notleidende Kommunen über eine unbezahlte Arbeitszeitverkürzung verhandeln können sollen. Diese Forderung ist von uns strikt zurückgewiesen worden. Die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen kann nicht durch eine Kürzung der Einkommen der Beschäftigten, sondern nur durch eine gerechtere Steuerpolitik und Steuerverteilung ausgeglichen werden.

### **Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

am 31. Januar und 1. Februar 2010 wurden die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst in Potsdam fortgesetzt. Hoffnungsvoll begann der erste Tag - über 250 Demonstrantinnen und Demonstranten bereiteten

den Verhandlungsdelegationen einen fantasievollen Empfang. Doch es half nichts: Die Arbeitgeber bewegten sich nicht - Stillstand in allen Verhandlungspunkten.

**Nun sind die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen aufgerufen, Druck zu machen. Den öffentlichen Arbeitgebern muss dann auch mit Warnstreiks deutlich gemacht werden, dass sich die Beschäftigten nicht mit Null abspeisen lassen und die Folgen einer verfehlten Finanzpolitik ausbaden werden!**

Mit freundlichen Grüßen

Onno Dannenberg  
Bereichsleiter Tarifpolitik öffentlicher  
Dienst - ver.di-Bundesverwaltung -

P.S: Redaktionsschluss war vor der dritten Verhandlungsrunde, daher kann noch kein Ergebnis berichtet werden.

### **Die gewerkschaftlichen Forderungen für die Tarifrunde 2010**

Ein Gesamtvolumen von fünf Prozent mit einer nachhaltigen sozialen Komponente, dazu gehören auch

- ◇ für Azubis und Praktikant/innen 100 Euro mehr pro Monat
- ◇ Verlängerung der Altersteilzeitregelung und eine verbindliche Übernahme von Azubis
- ◇ Wiedereinführung der Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege sowie die Vergütungsgruppenzulagen im vollen Umfang, bis eine neue Entgeltordnung ausgehandelt ist
- ◇ Differenzierungsklauseln mit Vorteilen für Gewerkschaftsmitglieder

### **Frank Bsirske (Vorsitzender ver.di):**

„Wir brauchen Impulse für die Binnennachfrage!“ Von Verzicht aufgrund der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise hält er nichts. Dem öffentlichen Dienst komme eine besondere Verantwortung zu, damit es nicht zu einem Rückschlag bei der Überwindung der Krise komme. Auch den Verweis auf leere öffentliche Kassen lässt Bsirske nicht gelten: Im Rahmen des „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ verzichte der Staat bei reichen Erben und Unternehmen auf Einnahmen in Milliardenhöhe und mache Hotelbetreiber Steuergeschenke.

## Annahme verweigert!

### Protestaktion gegen fortgesetzte Kürzungspolitik



Die Geschenkerückgabe ist eröffnet: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst geben die unerwünschten „Geschenke“ zurück an die Abgeordneten

Eine außergewöhnliche Bescherung organisierten rund fünfzig InteressenvertreterInnen der Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes kurz vor Weihnachten vor der Bremischen Bürgerschaft. Unter dem Motto „Annahme verweigert“ gaben sie - begleitet von mehreren Weihnachtsmännern - den Abgeordneten symbolisch die „Geschenke“ der letzten Jahrzehnte zurück: Stellenabbau, Arbeitsverdichtung, lange Wartezeiten, Einkommenskürzungen und Arbeitszeitverlängerung für BeamtInnen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Zwangsteilzeit, Minijobs und andere Verschlechterungen.

Anlass der Protestaktion waren die Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft. Gesamtpersonalrat, Personalräte und Frauenbeauftragte aus vielen Dienststellen wollten den Blick auf die Folgen der fortgesetzten Kürzungspolitik für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Beschäftigten lenken.

Seit 1993 wurde ungefähr ein Viertel der Arbeitsplätze im bremischen öffentlichen Dienst abgebaut. Die Aufgaben, die der öffentliche Dienst zu erledigen hat, haben gleichzeitig zugenommen und sind vielfältiger und anspruchsvoller geworden.

Die Abgeordneten wurden aufgefordert, für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Dienststellen zu sorgen. Auch und gerade in der Krise sind gute und stabile öffentliche Dienstleistungen ausgesprochen wichtig für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und für das Vertrauen in unsere Demokratie.

Doris Hülsmeier



Die Interessenvertretungen zeigen Flagge für den öffentlichen Dienst

TIPP:  
In der Bildergalerie auf [www.gpr.bremen.de](http://www.gpr.bremen.de) gibt es mehr Fotos von der Aktion zu sehen